

023

Mai 2012

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

Tariffensive I:

IG Metall setzt unbefristete Übernahme durch!

Die unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden ab Januar 2013, mehr Mitsprache bei der Leiharbeit und 4,3 Prozent mehr Geld: Nach der fünften Verhandlungsrunde in Baden-Württemberg haben die Tarifvertragsparteien ein Ergebnis erzielt, das sich sehen lassen kann. Der Einsatz von allen, die sich an den Warnstreiks der vergangenen Wochen beteiligt haben, hat sich gelohnt. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, zog nach den Verhandlungen im Bezirk Baden-Württemberg eine positive Bilanz: "Das heutige Ergebnis war möglich, weil die Mitglieder der IG Metall ein machtvolles Zeichen der Solidarität gesetzt haben. Mehr als 800.000 Kolleginnen und Kollegen haben sich an Warnstreiks beteiligt. Dafür bedanke ich mich." Auch Eric Leiderer, Bundesjugendsekretär der IG Metall zeigte sich erfreut: "Gewonnen haben in dieser Tarifrunde vor allem die Jungen – und unsere Kampagne 'Operation Übernahme': Die unbefristete Übernahme wird jetzt zur Regel. Genau dafür hat die IG Metall Jugend vor drei Jahren die Kampagne Operation Übernahme gestartet."

→ Weiter...

Tariffensive II:

Norbert Blüm solidarisiert sich mit IG Metall

Der erfolgreiche Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie fand breite gesellschaftliche Unterstützung auch über die IG Metall und die Beschäftigten hinaus. So setzte sich auch der ehemalige Arbeitsminister Norbert Blüm, CDU, für ein kräftiges Lohnplus ein – und ließ es dabei

nicht an deutlichen Worten vor allem in Richtung der Leiharbeitsfirmen fehlen. "Die Verleiher sind Zuhälter. Die Sauputz sitzt auf der Couch und lässt andere für sich arbeiten", sagte Blüm auf einer IG-Metall-Kundgebung in Coburg im Rahmen der jüngsten Tariffensive. Blüm tritt seit Jahren als Verfechter für eine menschliche Wirtschaft und als scharfer Kritiker des gegenwärtigen Kapitalismus in Erscheinung. → Weiter...

Steigende Arbeitslosigkeit:

UN kritisiert internationale Sparprogramme

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) greift die international vorherrschende Sparpolitik an und prognostiziert soziale Unruhen, wenn nicht Maßnahmen zur Jobsicherung und zur Belebung der Wirtschaft ergriffen würden. "Die Stimme der Finanzwirtschaft sollte nicht den politischen Entscheidungsprozess bestimmen", heißt es in einem in Genf veröffentlichten Arbeitsmarktbericht der UN-Organisation. Dem Bericht zufolge seien seit Beginn der Finanzkrise vor vier Jahren bereits rund 50 Millionen Jobs vernichtet worden. "Die Strategie des Sparens sollte zu mehr Wachstum führen, was jedoch nicht geschieht", so Raymond Torres, Autor der ILO-Studie, die Sparstrategie sei daher "kontraproduktiv". Die Kritik bezieht sich indes nicht auf Deutschland, das wegen seiner starken Exporte vergleichsweise gut da stehe. Dass die bundesdeutsche Politik einen großen Anteil an den Sparprogrammen in anderen EU-Ländern hat, erwähnt der Bericht indes nicht. → Weiter...

Polizei gegen Grundrechte:

"Blockupy"-Demos in Frankfurt verboten

Vom 16.-19. Mai fanden in Frankfurt am Main europäische Aktionstage gegen die Krisenpolitik der Bundesregierung

023

Info-Teaser für Aktive



und der Europäischen Union statt. Rund 25.000 Menschen gingen gegen Bankenrettungen, Sparpolitik und Zwangsmaßnahmen für Griechenland auf die Straßen. Zuvor hatte die Stadt Frankfurt die Demonstrationen kurzerhand verboten und sogar individuelle Aufenthaltsverbote gegen polizeibekanntes Demonstranten verhängt. Bei dennoch durchgeführten Demonstrationen setzte die Polizei Wasserwerfer ein und nahm Hunderte Teilnehmer vorübergehend fest. Das Aktionsbündnis, das zu den Kundgebungen aufgerufen hatte, kritisierte sowohl die Verbote als auch das Vorgehen der Polizei scharf. Den Ordnungsbehörden sei jedes Mittel zur Kriminalisierung der Blockupy-Proteste recht und die Polizei habe mit unbegründeten Festnahmen systematisch Grundrechte verletzt, hieß es. [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Tariffensive III:

Hohe Beteiligung für unbefristete Übernahme

Die erfolgreiche Tariffensive in der Metall- und Elektroindustrie wurde nicht zuletzt durch die enorme Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben ermöglicht. Rund 800.000 Beschäftigte haben sich seit Anfang Mai an den Warnstreiks der IG Metall beteiligt und damit für die größte Warnstreikwelle seit vielen Jahren gesorgt. Die Jugend spielte mit ihrer Kampagne "Operation Übernahme" dabei eine wichtige Rolle. Über 900 Aktionen zählt die zentrale Kampagnenseite operationuebernahme.de seit dem Kampagnenstart im Januar 2009, Tausende Aktive haben in den vergangenen drei Jahren daran mitgearbeitet, die Forderung nach unbefristeter Übernahme durchzusetzen. Nicht zu vergessen die Tage und Nächte, die die Mitglieder der Verhandlungsrunden durchgestanden haben und ohne die der Erfolg nicht denkbar gewesen wäre. Ein Erfolg, der nun dafür sorgt, dass sich die Anstrengungen Tausender junger Menschen während Ausbildung auch lohnen. [Weiter...](#)

Auslieferungsverfahren:

Deutschland verhaftet Umweltaktivisten

Der Umweltaktivist und Begründer der radikalen Tierschutzorganisation "Sea Shepherd" Paul Watson ist auf dem Frankfurter Flughafen wegen eines 10 Jahre alten Haftbefehls aus Costa Rica vorläufig festgenommen worden. Das lateinamerikanische Land beschuldigt den 61-jährigen Watson, im Jahr 2002 bei einer Aktion mit seinem Schiff "Ocean Warrior" vor der Küste Guatemalas einen Fischfänger gefährdet und dabei Besatzungsmitglieder verletzt zu haben. Sea Shepherd bezeichnet die Festnahme als poli-

tisch motiviert und fordert Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf, der Auslieferung zu widersprechen. Watson hat seit der Ausstellung des Haftbefehls unter anderem Australien, Frankreich, Spanien, das Vereinigte Königreich und andere Länder bereist. Lediglich Deutschland fühlte sich jedoch berufen, dem politisch motivierten Haftbefehl aus Costa Rica nachzukommen. Inzwischen ist Watson gegen Zahlung einer Kaution vorläufig auf freiem Fuß. [Weiter...](#)

Transformationskongress:

DGB will "Wirtschaft neu gestalten"

Am 8. und 9. Juni 2012 veranstalten der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Naturschutzring und die Evangelische Kirche einen "Transformationskongress" in Berlin. Das Programm wird sich mit den wirtschaftlichen und politischen Umbrüchen der Gegenwart beschäftigen und behandelt unter anderem die Zukunft von Arbeit und Demokratie, eine soziale Neuordnung der Wirtschaft, gesellschaftliche Verteilungsfragen und die nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Vorträge gehen von Themen wie Klimawandel und Energiewende über die Beschäftigung mit dem kapitalistischen Paradigma des Wachstums bis zu Demokratisierung und globaler Ernährungssicherheit. Die Veranstalter erhoffen sich von dem Kongress auch Impulse für die "Rio-20+"-Konferenz, die vom 20.-22. Juni in Rio de Janeiro stattfindet. Der "Transformationskongress" findet zum ersten Mal statt. [Weiter...](#)

Neuer Bericht:

Club of Rome sagt Kollaps voraus

1972 veröffentlichte der Club of Rome den Bericht "Die Grenzen des Wachstums" und legte damit den Grundstein für eine Debatte über wirtschaftliches Wachstum, die bis heute andauert. 4 Jahrzehnte später legt die Organisation nun einen weiteren großen Bericht vor, der sich mit dem Zustand der Welt im Jahr 2052 befasst. "2052 – A Forecast for the Next Forty Years" heißt das Werk, das eine Welt am Abgrund zeichnet. "Die Menschheit hat die Ressourcen der Erde ausgereizt und wir werden in einigen Fällen schon vor 2052 einen örtlichen Kollaps erleben", so Autor Jorgen Randers, der auch 1972 schon an den "Grenzen des Wachstums" mitgearbeitet hat. "'Business as usual' ist keine Option, wenn wir wollen, dass unsere Enkelkinder auf einem zukunftsfähigen und gerechten Planeten leben.", so Randers weiter. Dem Bericht zufolge wird die Menschheit in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts mit einem galoppierenden Klimawandel und dramatischen sozialen Verwerfungen konfrontiert sein. Zugleich sagen die Autoren eine Revolution der Jungen Generation für die 20er-Jahre unseres Jahrhunderts voraus. [Weiter...](#)

023

Info-Teaser für Aktive



Junges Leben

Lesenswert:

Literaturliste zum Krisengeschehen

Passend zur kapitalistischen Dauerkrise hat das "Institut Solidarische Moderne" im Mai eine Liste von Büchern zusammengestellt, die zumindest zum Teil zum besseren Verständnis und zur Einordnung des aktuellen Geschehens beitragen können. Die Liste reicht von Stéphane Hesses Pamphlet "Empört Euch" über verschiedene Magazine wie etwa dem neu aufgelegten "Kursbuch" zum Thema Krise bis zu Schriften bekannter Wissenschaftler wie etwa Colin Crouch, der mit seinem jüngsten Werk "Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus" vertreten ist. Jeden Tag stellt das Institut auf Facebook ein Buch zur Diskussion, ab dem 22. Mai werden Vorschläge von Lesern in die Liste mit aufgenommen. → [Weiter...](#)

Neues Buch:

"Schulden. Die ersten 5000 Jahre."

Schulden und insbesondere Staatsschulden scheinen zum beherrschenden Thema unserer Zeit geworden zu sein. David Graeber, Mitbegründer der New Yorker Occupy-Bewegung und bekennender Anarchist packt das Thema in seinem Buch an den Wurzeln – und erzählt die Geschichte der Menschheit als eine Geschichte der Schulden. Das Buch mit dem Titel "Schulden. Die ersten 5000 Jahre" zeichnet nach, wie historische Umbrüche stets damit einher gingen, dass Schulden nicht mehr zurück gezahlt werden konnten. Dabei macht der Autor klar, dass das zugrunde liegende moralische Prinzip in erster Linie dem Machterhalt der Herrschenden dient – und dem Autor zufolge kurz vor seinem historischen Ende steht. Denn Graeber zufolge gibt es "gute Gründe dafür, dass der Kapitalismus bald nicht mehr existieren wird, vielleicht wird sogar die nächste Generation ihn nicht mehr erleben". → [Weiter...](#)

Streit im Internet:

Künstler gegen "Kostenloskultur"

Nachdem in den letzten Monaten und Jahren immer wieder von Fällen zu lesen war, in denen einzelne User wegen illegaler Downloads angeklagt wurden, hat die Diskussion um Downloads und Urheberrechte in den letzten Wochen einen neuen Höhepunkt erreicht. Mehrere tausend Autorinnen und Autoren haben einen Aufruf mit dem Titel "Wir sind die Urheber" unterzeichnet, mit dem sie ihrer Sorge Ausdruck über die "öffentlichen Angriffe auf das Urheberrecht" Ausdruck verleihen. "Das Urheberrecht ermöglicht, dass wir Künstler und Autoren von unserer

Arbeit leben können und schützt uns alle, auch vor global agierenden Internetkonzernen, deren Geschäftsmodell die Entrechtung von Künstlern und Autoren in Kauf nimmt", hieß es. Zahlreiche Blogger und Internetaktivisten hingegen attestieren den Unterzeichnern ein antiquiertes Verständnis von geistigem Eigentum. Das Internet habe eine neue Rechtswirklichkeit geschaffen, gegen die die Kriminalisierung von Internetnutzern wenig ausrichten könne. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Neuer Film:

Sacha Baron Cohen ist "Der Diktator"

Sacha Baron Cohen ist für seine bössartigen Satiren hinlänglich bekannt. "Brüno", der schwule österreichische Modejournalist oder "Borat", Fernsehreporter aus Kasachstan sorgten jeweils für wochenlangen Medienrummel. Das dürfte mit dem neuen Film des britischen Satirikers ähnlich werden: In "Der Diktator" wird Cohen zum General-Admiral Aladeen, den selbtherrlichen Gewalt-herrscher der fiktiven "Republik Wadiya", der sein Volk nach Kräften unterdrückt und – natürlich – am Bau einer Atombombe bastelt. Deswegen lädt die UNO den erklärten Amerika-Hasser Aladeen nach New York, um sich dort in einer Rede zu erklären. Diese gerät dann zu einer Hymne auf die Vorzüge der Diktatur. In dieser sei alles so viel einfacher, man könne einem Prozent der Bevölkerung alle Reichtümer zuschanzen und die anderen 99 Prozent um ihre Krankenversicherung bringen, man könne alle Gefängnisse mit einer Ethnie füllen und man müsse sich nicht ständig rechtfertigen, weil die Presse ohnehin schreibe, was man anordne. Aladeens "Republik Wadiya" tritt wie inzwischen üblich mit einer eigenen Internetseite an.

→ [Weiter...](#)

Am Ende

EU-Beschluss: Finanzmärkte müssen auf die Couch

Die europäische Union beweist wieder einmal, dass sie keineswegs eine Versammlung unterkühlter neoliberaler Technokraten, sondern durchaus zur Empathie fähig ist. Zum Beispiel Empathie mit den Finanzmärkten: Seit Jahren leiden die armen Märkte nun schon an Nervosität, neigen zu Hysterie und brechen auch bei unbedeutenden Anlässen in Panik aus. Die EU hat daher beschlossen, die Finanzmärkte einer umfassenden Psychotherapie zu unterziehen. Man wolle zeigen, dass es noch andere Dinge im Leben gebe als Leerverkäufe, hieß es in Brüssel. Letztlich sind die Erfolgsaussichten aber unklar. Denn schon Karl Marx wusste: Das Kapital ist → [ein scheues Reh!](#)